

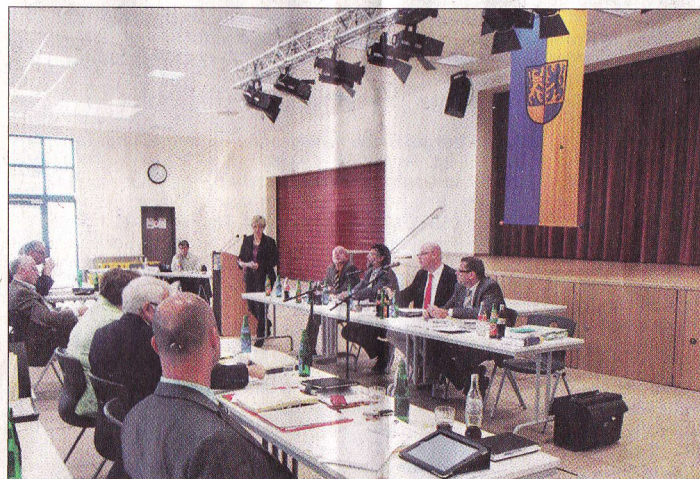


Kreistag: Einigkeit bei den Fusions-Eckpunkten, Streit bei Resolution gegen das Betreuungsgeld

CDU verweigert Aufnahme des Themas auf die Tagesordnung - SPD beantragt Sondersitzung am 23. Juli

Der heraufziehende Landtagswahlkampf bestimmt zunehmend die politischen Klimaverhältnisse auch auf kommunaler Ebene. So war das vorige Freitag in der Sitzung des Northeimer Kreistages zu spüren. Das Gremium tagte in der beeindruckenden Kooperativen Gesamtschule (KGS) in Morigen. Heißes Konfliktthema eine Resolution gegen das umstrittene Betreuungsgeld und die angeordneten Fusionen von Landkreisen in Südniedersachsen. Beim „Betreuungsgeld“ und möglichen Fusionsmodellen prallten die Auffassungen unversöhnlich aufeinander. Die Kontroverse um die Resolution gegen das Betreuungsgeld eskalierte dermaßen, dass es nun voraussichtlich am 23. Juli eine Sondersitzung des Kreistages geben wird. Morigen/Northeim (fis). Die Mehrheitsgruppe von SPD und Grünen ist am Freitag im Northeimer Kreistag mit ihrem Vorhaben gescheitert, zum umstrittenen Betreuungsgeld eine Re-

solution zu verabschieden. Die CDU verweigerte in der mehrstündigen Sitzung in der KGS in Morigen ihre Zustimmung zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes. Dafür hätte die Mehrheitsgruppe eine Zweidrittelmehrheit im Kreistag benötigt. Hintergrund war eine formale Panne. Bei der Aufnahme des Resolutionsthemas als Tagesordnungspunkt für die Kreistagssitzung war die in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Frist von zehn Tagen nicht eingehalten worden. Die CDU nutzte das diesmal gnadenlos, auch weil sie beim Thema Betreuungsgeld Wahlkampfgetöse befürchtet. Seit Monaten wird gegen das schwarz-gelbe Projekt aus allen Rohren (von Wirtschaft, Experten bis zur Opposition) geschossen. Die Eskalation geht nun weiter. Angesichts der Eilbedürftigkeit des Themas „Betreuungsgeld“, die Mehrheitsgruppe appelliert in der Resolution an die Landesregierung,



Northeimer Kreistag tagt in der Aula der Kooperativen Gesamtschule in Morigen.
Fotos: Thomas Fischer

die Bundesmittel für die Kinderbetreuung direkt für den Ausbau der Kindergärten und Kinderkrippen an die Kommunen zu geben, kündigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Wehner noch während der Kreistagssitzung die Einberufung einer Sondersitzung an.

Ein entsprechender handgeschriebener Antrag der Mehrheitsgruppe von SPD-Grüne machte in Morigen die Runde. Damit war die Sondersitzung am 23. Juli 2012, 15 Uhr, in Northeim auf den Weg gebracht. Angesichts der Entscheidungen auf Bundes- und

Landesebene bestehe Eilbedürftigkeit, sich als Kreistag zu positionieren, begründete Fraktionschef Wehner den eiligen Vorstoß. In der Moriger Sitzung war die Aufnahme des Resolutionsthemas am Widerstand der CDU gescheitert. Sie wollte die formale Panne der Mehrheitsgruppe nicht ausbügeln – „eine kleinkarierte Machtdemonstration“, wie ein neutraler Beobachter es kommentierte. CDU-Fraktionschef Heiner Hegeler hielt dagegen. Er unterstellte der Mehrheitsgruppe Wahlkampfabsichten. Die Einberufung einer Sondersitzung wurde von CDU-Politikern scharf kritisiert. Das sei ein Missbrauch des Kreistages und zudem eine Verschleuderung von Steuergeldern. Schon jetzt wird offen über einen Boykott der Kreistagssitzung am 23. Juli gesprochen. CDU-Abgeordneter Rudolph Hermes weiß schon jetzt: „Wir werden da nicht hingehen!“, so seine Aussage gegenüber dem Kreisblatt.